

Allgemeine Verkaufsbedingungen

- 1. Anwendungsbereich, allgemeine Regelungen
- 2. Angebot, Vertragsschluss
- 3. Abrufverträge
- 4. Preise, Kosten der Vertragsabwicklung, Umsatzsteuer
- 5. Zahlungsbedingungen
- 6. Eigentumsvorbehalt
- 7. Lieferung, Lieferverzug
- 8. Güten, Sorten, Maße, Beschaffenheit
- 9. Verpackung
- 10. Mängelhaftung
- 11. Haftung
- 12. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte
- 13. Höhere Gewalt
- 14. Geheimhaltung
- 15. Ausfuhrnachweis, Gelangensbestätigung, Umsatzsteueridentifikationsnummer
- 16. Aufrechnung, Konzernverrechnungsklausel
- 17. Verbindliche Prinzipien
- 18. Sonstiges

1. Anwendungsbereich, allgemeine Regelungen

- a) Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen (nachstehend die „Bedingungen“) gelten in der jeweils aktuellen Fassung für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verkäufe und Lieferungen von Waren durch die MVO GmbH Metallverarbeitung Ostalb (nachstehend "MVO"). Entgegenstehende und / oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers finden gegenüber MVO keine Anwendung, sofern dies nicht ausdrücklich schriftlich zwischen den Parteien vereinbart wurde. Dies gilt auch dann, wenn MVO jenen Bedingungen nicht ausdrücklich widerspricht oder ihren vertraglichen Verpflichtungen vorbehaltlos nachkommt.
- b) Diese Bedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne des § 14 BGB.
- c) Für die Auslegung von Handelsklauseln sind im Zweifel die Incoterms® in der jeweils aktuellen und gültigen Fassung maßgeblich.
- d) Die Schriftform wird auch durch die Übermittlung von Telefaxen und durch E-Mail gewahrt.
- e) Im Zweifel ist die deutsche Fassung dieser Bedingungen maßgeblich.

2. Angebot, Vertragsschluss

- a) Sämtliche Angebote der MVO sind freibleibend und unverbindlich. Sie stellen lediglich eine Aufforderung an den Käufer dar, seinerseits ein Angebot abzugeben. Dies gilt auch dann, wenn in Angeboten von MVO Angaben zu Art, Menge oder Preis der Vertragsprodukte enthalten sind oder die Angebote technische Dokumentationen (z.B. Lastenhefte, Zeichnungen, etc.) enthalten.
- b) Die Bestellung des Kunden gilt als verbindliches Angebot, das MVO innerhalb von zwei Wochen annehmen kann.
- c) Öffentliche Äußerungen von MVO, des Herstellers der gelieferten Waren oder dessen Gehilfen, insbesondere in der Werbung oder bei der Kennzeichnung, stellen keine Beschreibungen der Beschaffenheit der Waren oder eine Garantie derselben dar.
- d) Die Annahme einer Bestellung von MVO erfolgt ausschließlich per EDI, Fax, E-Mail, in Schriftform oder durch die Auslieferung der Vertragsprodukte an den Kunden.

3. Abrufverträge

- a) Abrufverträge (Verträge, deren Bestimmungen den bedarfsorientierten Abruf von Materialmengen vom Lieferanten zum Gegenstand haben) und deren Dauer bedürfen der schriftlichen Vereinbarung. Ist nichts anderes vereinbart, ist die Dauer von Abrufverträgen auf die jeweilige Projektlaufzeit beschränkt.

- b) Erfolgt innerhalb von jeweils 12 Monaten („Abruffrist“) nicht mindestens der Abruf von 85 % der für die Abruffrist in Aussicht gestellten Ware oder wird mehr als 115 % der in Aussicht gestellten Ware abgerufen, ist MVO nach Ablauf der Abruffrist berechtigt, eine Kompensationszahlung in Höhe der Kosten und Schäden zu verlangen, die durch solche geringere oder höhere Abrufe entstanden sind. Die erste Abruffrist beginnt ab dem Tag des Vertragsschluss. Nach Ablauf einer Abruffrist beginnt jeweils eine neue 12 Monate dauernde Ablauffrist zu laufen. Dies gilt bis zum Ende der jeweiligen Abrufverträge. Dem Käufer bleibt der Nachweis eines niedrigeren Schadens vorbehalten. Die Geltendmachung eines über den Betrag der zu leistenden Vertragsstrafe hinausgehenden Schadensersatzes bleibt vorbehalten.
- c) Mit Ablauf der Abruffrist wird außerdem die vereinbarte Vergütung für die nicht abgerufene Ware zur Zahlung fällig.
- d) Zum Ablauf des vereinbarten Endtermins ist der Käufer verpflichtet, etwaige noch vorhandene Abrufware am Stück abzunehmen. Erfolgt die Abnahme nicht, wird MVO den Käufer unter Fristsetzung von zwei Wochen auffordern, die Ware abzunehmen und die vereinbarte Vergütung zu zahlen. Erfolgen Abnahme und Zahlung nicht fristgemäß, ist MVO berechtigt aber nicht verpflichtet, die Restware zu verwerten und unter Anrechnung des insoweit erzielten Erlöses Schadensersatz geltend zu machen.
- e) Ist nichts anderes vereinbart, ist der Käufer verpflichtet, bis zum 31. Oktober eines jeden Kalenderjahres eine unverbindliche Jahresvorschau für die im folgenden Kalenderjahr zu liefernden Produkte (sogenannter Forecast) an MVO mitzuteilen. Die in der Jahresvorschau angegebenen Mengen sind für die jeweils ab dem aktuellen Datum gerechnete nächsten 12 Wochen verbindlich. Die innerhalb dieser rollierenden 12 Wochenzone (Frozenzone) angegebenen Mengen hat der Käufer abzunehmen. Sofern zusätzlich ein Abruf der in der Jahresvorschau angegebenen Mengen erfolgt, dient dieser Abruf lediglich der Festlegung der logistischen Rahmenbedingungen (z.B. Vereinbarung Lieferort oder Lieferzeit). Ein Abruf hat mindestens 15 Tage vor dem gewünschten Liefertermin zu erfolgen. Erfolgen keine fristgerechten Abrufe, ist MVO berechtigt, die Details der Lieferung (z.B. Lieferort und Lieferzeit) nach billigem Ermessen vorzunehmen.
- f) Überschreiten die einzelnen Abrufe insgesamt die vereinbarte Vertragsmenge, ist MVO zur Lieferung der Mehrmenge berechtigt aber nicht verpflichtet. Die Berechnung der Mehrmenge erfolgt auf Grundlage der bei Abruf gültigen Preisliste.

4. Preise, Kosten der Vertragsabwicklung, Umsatzsteuer

- a) Es gelten die in der Auftragsbestätigung ausgewiesenen Preise. Sämtliche Preise verstehen sich Ex works (EXW Incoterms in der jeweils zum Vertragsschluss aktuellen und gültigen Fassung), ausschließlich Verpackung und zuzüglich Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlich vorgeschriebenen Höhe am Tag der Rechnungsstellung. Zusätzlich zum Preis werden dem Kunden mit jeder Rechnung Legierungs- (LZ) und Schrottzuschläge (SZ) in Rechnung gestellt, die der Kunde an MVO zu zahlen hat. Die Berechnung der LZ und SZ erfolgt anhand von Preislisten der Lieferanten von MVO und wird gegenüber dem Käufer in Form von neuen Preislisten quartalsweise nachgewiesen. Sofern nicht anders vereinbart, werden die LZ und SZ quartalsweise entsprechend den jeweils aktuellen Preislisten angepasst. Der Abzug von Skonto bedarf der besonderen schriftlichen Vereinbarung.
- b) Sofern nach Abschluss eines Vertrages für MVO höhere Kosten (z.B. aufgrund von Tarifabschlüssen oder Materialpreiserhöhungen) entstehen, ist MVO berechtigt, die festgelegten Preise entsprechend gestiegener Kosten und nach billigem Ermessen anzupassen. Dem Kunden steht das Recht zu, die Vornahme einer Preisanpassung von einem zuständigen Gericht im Hinblick auf deren Billigkeit überprüfen zu lassen.
- c) Sofern die Parteien eine Abnahme/Werkstoffprüfung vereinbart haben oder eine Abnahme gesetzlich vorgeschrieben ist, erfolgt diese vor Bereitstellung der Ware durch MVO im Lieferwerk. Die persönlichen und sachlichen Abnahmekosten sind vom Käufer zu tragen.
- d) Bei Lieferungen in andere EU-Mitgliedsstaaten hat der Käufer MVO vor der Lieferung seine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer mitzuteilen, unter der er die Erwerbsbesteuerung innerhalb der EU durchführt. Andernfalls hat der Käufer für die Lieferungen von MVO zusätzlich zum vereinbarten Preis den von MVO gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuerbetrag zu zahlen.

5. Zahlungsbedingungen

- a) Der Käufer hat den Kaufpreis spätestens bis zum 15. des der Lieferung folgenden Monats ohne Abzug zu zahlen, danach kommt er gemäß § 286 Abs. 2 Nr. 2 BGB in Verzug.
- b) Sollte der Käufer seinen Zahlungspflichten nicht nachkommen, ist MVO berechtigt, noch offene Leistungen ganz oder teilweise bis zur Zahlung der fälligen Beträge oder Sicherheitsleistung zurückzuhalten. Bei Neukunden oder falls

Zahlungsverzug des Käufers mit anderen Forderungen von MVO vorliegt oder MVO von einer (drohenden) Zahlungsunfähigkeit des Käufers Kenntnis erlangt, hat MVO das Recht, ausschließlich gegen Vorkasse zu liefern.

- c) Tritt nach Vertragsschluss eine wesentliche Verschlechterung im Vermögen des Käufers ein, die die Kaufpreiszahlungen gefährdet, insbesondere wenn der Käufer die Zahlungen einstellt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Käufers gestellt wird, darf MVO bis zur Bewirkung der Kaufpreiszahlung oder einer Sicherheitsleistung die Lieferung verweigern. MVO ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Käufer nicht binnen angemessener Frist den Kaufpreis gezahlt oder Sicherheit geleistet hat.
- d) Soweit der Vertrag die Absicherung der Zahlung durch Akkreditiv, Bürgschaft, Garantie oder andere Sicherungsmittel vorsieht, ist der Käufer verpflichtet, diese Sicherheiten innerhalb der vereinbarten Frist in der vereinbarten Form zu beschaffen und an MVO auszuhändigen. MVO ist vor Erhalt der vereinbarten Zahlungssicherung unter keinen Umständen zur Vertragserfüllung verpflichtet.
- e) Der Käufer hat nur dann ein Recht zur Aufrechnung, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, durch MVO nicht bestritten oder anerkannt wurden. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Käufer nur ausüben, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.
- f) Ein vereinbartes Skonto bezieht sich immer nur auf den Rechnungswert ausschließlich Fracht und sonstiger Nebenkosten (Verpackung, Versicherung, etc.). Der Abzug setzt voraus, dass alle fälligen Forderungen von MVO zum Zeitpunkt der Skontierung ausgeglichen sind. Skontofristen beginnen mit dem Rechnungsdatum.
- g) Der Käufer ist nicht berechtigt, Rechte oder Ansprüche aus diesem Vertrag ohne vorherige Zustimmung durch MVO an Dritte abzutreten.

6. Eigentumsvorbehalt

- a) MVO behält sich das Eigentum an den gelieferten Waren (Vorbehaltsware) vor, bis sämtliche – gegenwärtige und zukünftige – Ansprüche einschließlich etwaiger Refinanzierungs- oder Umkehrwechsel aus der Geschäftsbeziehung mit dem Käufer erfüllt sind.
- b) Be- und Verarbeitungen erfolgen stets für MVO als Hersteller, jedoch ohne Verpflichtungen für MVO. Erlischt das Eigentum von MVO durch die Be- und Verarbeitung, so erwirbt MVO an der einheitlichen Sache Eigentum im Verhältnis des Wertes der gelieferten zu den mitverarbeiteten Sachen im Zeitpunkt der Verarbeitung. Erwirbt der Käufer durch Verbindung oder Vermischung Alleineigentum, überträgt er MVO Miteigentum im Verhältnis des Wertes der gelieferten zum Rechnungswert aller verbundenen oder vermischten Sachen im Zeitpunkt der Verbindung oder Vermischung. Der Käufer verwahrt das (Mit-) Eigentum für MVO. Befindet sich die Ware bei einem Dritten, so tritt der Käufer bereits jetzt den Herausgabeanspruch gegen diesen Dritten an MVO ab. MVO nimmt diese Abtretung bereits jetzt an. MVO's nach diesen Vorschriften erlangtes (Mit-) Eigentum geht unter den gleichen Bedingungen wie das an der von MVO gelieferten Ware auf den Käufer über.
- c) Sämtliche dem Käufer aus der Verwendung der Vorbehaltsware erwachsenen Forderungen tritt der Käufer schon im Voraus mit allen Nebenrechten bis zur völligen Tilgung seiner im Kaufvertrag/Lieferabruf bestimmten Forderungen an den dies annehmenden MVO ab. Wird die Vorbehaltsware mit anderen, MVO nicht gehörenden Gegenständen veräußert, oder wird sie bei Ausführung von Werkverträgen als Stoff verwendet, dann erfasst die Abtretung den dem Miteigentum entsprechenden Erlösanteil.
- d) Zur Einziehung dieser Forderungen bleibt der Käufer auch nach der Abtretung berechtigt. Die Befugnis von MVO, die Forderungen selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt. MVO ist verpflichtet, die Forderungen nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen aus den vereinnahmten Erlösen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug ist und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder Zahlungseinstellung vorliegt.
- e) Der Käufer tritt MVO auch die mit Sicherungsmitteln belegten Forderungen ab, die durch die Verbindung der Ware mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen.
- f) Der Käufer ist berechtigt, die Vorbehaltsware im Rahmen eines ordentlichen Geschäftsganges zu veräußern. Anderweitige Verfügungen über die dem Käufer obliegenden Erfüllungsansprüche hinaus sind ihm untersagt. Unter Eigentumsvorbehalt stehende Waren dürfen vom Käufer nicht als Sicherungsmittel für seine Gläubiger verwendet werden. Das gilt auch im Rahmen von Finanzierungen des Käufers wie Factoring oder Forfaitierung. Die an MVO abgetretenen Forderungen dürfen nur mit vorheriger Zustimmung von MVO verpfändet oder zur Sicherung an Dritte abgetreten werden.
- g) Der Käufer hat MVO unverzüglich von Eingriffen Dritter in die oder einer Pfändung Dritter der Vorbehaltsware schriftlich zu informieren. Die Kosten, die zum Schutz der Rechte von MVO erforderlich sind, hat der Käufer zu tragen, soweit diese nicht vom Dritten zurückgefordert werden können.

- h) Verletzt der Käufer eine wesentliche Vertragspflicht, insbesondere wenn er in Zahlungsverzug gerät, so ist MVO berechtigt, die Vorbehaltsware auf Kosten des Käufers zurückzunehmen oder die Abtretung etwaiger Rechte zum Besitz des Käufers gegenüber Dritten zu verlangen. Ferner ist MVO berechtigt, das Recht des Käufers auf Weiterverkauf sowie eine etwaige Einziehungsermächtigung zu widerrufen, die Forderungen einzuziehen und die Vorbehaltsware zu nutzen, zu verwerten oder weiter zu veräußern. Soweit MVO die Vorbehaltsware zurücknimmt oder diese Ware veräußert, gilt dies nicht als Rücktritt vom Vertrag. MVO kann den Verwertungserlös der Vorbehaltsware mit den offenen Forderungen verrechnen. Der Käufer haftet für den Verlust, wenn der Verwertungserlös unter dem Kaufpreis liegt.
- i) Übersteigt der Wert der bestehenden Sicherheiten die gesicherten Forderungen insgesamt um mehr als 20%, ist MVO auf Verlangen des Käufers zur Freigabe der Sicherheiten nach Wahl von MVO verpflichtet.
- j) Soweit MVO zur Rücknahme der Vorbehaltsware berechtigt ist, hat der Käufer MVO und ihren Vertretern unwiderruflich den Zugang zu seinen Geschäftsräumen während der üblichen Geschäftszeiten zu gestatten und die Rücknahme zu dulden.

7. Lieferung, Lieferverzug

- a) Lieferabrufe und Bestellungen richten sich nach den spezifisch vereinbarten logistischen Absprachen zwischen den Parteien. Wurden zwischen den Parteien keine spezifischen logistischen Absprachen getroffen, gelten die nachstehenden Regelungen 7. b) bis 7. h).
- b) Soweit die Parteien nichts Abweichendes vereinbaren, erfolgen alle Lieferungen Ex works (EXW) MVO, Nikolaus-Otto-Strasse 1, 73529 Schwäbisch Gmünd, Deutschland gemäß Incoterms in ihrer jeweils bei Vertragsabschluss aktuellen und gültigen Fassung.
- c) Zeitliche Vorgaben, insbesondere von MVO benannte Lieferzeiten, sind nur dann bindend, wenn sie von MVO ausdrücklich als bindend vereinbart sind. Für die Einhaltung der Lieferfristen oder Liefertermine ist die Bereitstellung der Waren ab Werk maßgebend. MVO ist nicht verpflichtet, bestätigte Lieferzeiten einzuhalten, sofern Informationen, abschließende Produkthanforderungen oder aber Mitwirkungshandlungen seitens des Käufers, insbesondere die Bereitstellung einer vereinbarten Zahlungssicherheit, Beibringung in- oder ausländischer Bescheinigungen oder die Beibringung von Importlizenzen, die für die Absendung bzw. Auslieferung der Ware benötigt werden, nicht innerhalb der vereinbarten Fristen oder rechtzeitig vor Lieferung zugehen. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages bleibt vorbehalten.
- d) Die Lieferzeiten verlängern sich um einen angemessenen Zeitraum in den Fällen, in denen Lieferungshindernisse vorliegen, die MVO nicht zu vertreten hat. Insbesondere gilt dies bei Störungen in der Energieversorgung oder des Verkehrs, Verhängung eines Embargos, Betriebsstörungen, Arbeitskampf, nicht erfüllter Mitwirkungspflichten des Käufers oder verspäteter oder ausgefallener Lieferung von Unterlieferanten. MVO wird den Käufer von derartigen Lieferungshindernissen unverzüglich unterrichten.
- e) Sollte MVO bindende Lieferfristen überschreiten, kann der Käufer erst nach erfolglosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist von mindestens 4 Wochen seine gesetzlichen Rechte geltend machen. Rechte und Ansprüche wegen Verzuges stehen dem Kunden nur zu, wenn MVO den Verzug zu vertreten hat.
- f) Gerät der Käufer mit der Annahme der vertragsgemäßen Lieferung in Verzug oder verletzt er schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, so ist MVO berechtigt, den insoweit entstandenen Schaden, einschließlich etwaiger Mehraufwendungen (z. B. Lageraufwendungen) ersetzt zu verlangen. Außerdem hat MVO das Recht, die Ware auf Risiko des Käufers einzulagern. Weitergehende Rechte und Ansprüche von MVO bleiben vorbehalten.
- g) Liegen die Voraussetzungen von Ziffer 7.f vor, geht die Gefahr des zufälligen Unterganges oder der zufälligen Verschlechterung der Ware in dem Moment auf den Käufer über, in welchem dieser in Verzug geraten ist.
- h) Sollte der Käufer trotz des Verstreichens einer angemessenen Nachfrist die Lieferung nicht annehmen, so ist MVO berechtigt, die Lieferware anderweitig zu veräußern und dem Käufer 20% des Kaufpreises als Mindestschaden in Rechnung zu stellen. Der Käufer ist berechtigt, einen geringeren Schaden nachzuweisen. MVO bleibt die Geltendmachung eines weitergehenden Schadensersatzes vorbehalten. Bereits gezahlte Summen als Mindestschäden werden auf einen solchen weitergehenden Schadensersatz angerechnet.
- i) Entsteht dem Käufer durch eine von MVO zu vertretende Verzögerung der Lieferung ein Schaden, gelten die gesetzlichen Vorschriften. Hat MVO danach Schadensersatz zu leisten, beträgt dieser für jede Kalenderwoche der Verspätung höchstens 0,3 % vom Wert desjenigen Teiles der Gesamtlieferung, der infolge der Verspätung nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgemäß genutzt werden kann. Insgesamt ist diese Vertragsstrafe auf 5 % des Wertes der Gesamtlieferung beschränkt. MVO bleibt der Nachweis vorbehalten, dass gar kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Vertragsstrafe entstanden ist. Vertragsstrafen werden auf die Geltendmachung weitergehender Ersatzansprüche angerechnet.
- j) MVO ist zu Teillieferungen berechtigt, es sei denn die teilweise Erfüllung des Vertrages ist für den Käufer nicht zumut-

bar. Teillieferungen können gesondert berechnet werden.

8. Güten, Sorten, Maße, Beschaffenheit

- a) Güten, Sorten und Maße und die sonstige Spezifikationen der Ware bestimmen sich nach der bei Vertragsschluss vereinbarten Beschaffenheit der Vertragsprodukte in Form vereinbarter Spezifikationen, techn. Dokumente, Zeichnungen, Lastenhefte, etc.
- b) Fehlt es an einer solchen Vereinbarung, richten sich die unter 8. a. genannten Kriterien nach den bei Vertragsschluss geltenden DIN und EN-Normen. Bestehen solche nicht, bestimmen sich die Güten, Sorten und Maße der Ware nach der für den Vertrag vorausgesetzten Eignung zur Verwendung, sonst nach der gewöhnlichen Verwendung oder Beschaffenheit, die bei gleichen Sachen der gleichen Art üblich ist und vom Kunden erwartet werden können. Bezugnahmen auf Normen und vergleichbare Regelwerke, auf Werks-Prüfbescheinigungen und andere Zeugnisse sowie Angaben zu Güten, Sorten, Gewichten, Maßen oder Verwendbarkeit der Ware stellen keine Zusicherung und keine Garantie im Hinblick auf die Beschaffenheit der Ware dar.
- c) Abweichungen gelieferter Produkte von der Beschaffenheit gemäß Ziffer 8. a. oder 8. b, die der Käufer im Rahmen der eigenen Freigabe (z.B. PPAP Werkszeugnis) freigegeben hat, stellen keine Mängel dar.
- d) Abweichungen von Maß, Gewicht und Güte sind nach den in Ziff. 8. b. aufgeführten Regelwerken oder der geltenden Übung zulässig. Die Gewichte werden auf den geeichten Waagen von MVO festgestellt und sind für die Fakturierung maßgebend. Der Gewichtsnachweis erfolgt durch Vorlage des Wiegeprotokolls. Sofern nicht üblicherweise eine Einzelverwiegung erfolgt, gilt jeweils das Gesamtgewicht der Sendung.

9. Verpackung

- a) Sofern nicht mit dem anders vereinbart, liefert MVO die Ware in einer handelsüblichen Verpackung und behält sich die Wahl der Verpackung vor. Die Kosten für Verpackung, Versand, Zahlungsverkehr, Zollgebühren, Aus-, Ein- oder Durchführung, etc. sind vom Käufer zu tragen und werden diesem gesondert in Rechnung gestellt.
- b) Bei Transportschäden hat der Käufer diese unverzüglich beim Transportunternehmen zu melden und eine Tatbestandsaufnahme bei den zuständigen Stellen zu veranlassen. Eine Versicherung der Ware gegen Transportschäden erfolgt nur auf besondere schriftliche Anordnung des Käufers. Die Kosten dieser Versicherung werden dem Käufer gesondert in Rechnung gestellt.
- c) Der Käufer ist für die Be- und Entladung verantwortlich. Hat MVO dem Käufer Waggons oder Ladeeinheiten zur Verfügung gestellt, ist der Käufer verpflichtet, diese vollständig geleert, vorschriftsmäßig gereinigt und komplett an MVO zurückzugeben.

10. Mängelhaftung

- a) Rechte des Käufers bei Mängeln der Vertragsprodukte bemessen sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts Anderes bestimmt ist.
- b) Grundlage von Gewährleistungsrechten des Käufers ist ausschließlich die zwischen den Vertragsparteien vereinbarte Beschaffenheit in Form von Spezifikationen, Lastenheften, techn. Dokumente u.a.
- c) Geht der Käufer von einer bestimmten Verwendungseignung der Ware oder von einer bestimmten Beschaffenheit aus oder plant der Käufer den Einsatz der Ware für einen ungewöhnlichen Zweck, die Verarbeitung ungewöhnlicher Materialien, unter erhöhter Beanspruchung oder unter besonderen Gefahren für Leib, Leben, Gesundheit oder für die Umwelt oder ist die Einhaltung besonderer Vorschriften erforderlich, werden die Parteien dies schriftlich vereinbaren.
- d) Der Käufer hat die Ware im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtungen unverzüglich nach Anlieferung zu überprüfen und Mängel MVO unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt der Käufer die Anzeige, so gilt die Ware als genehmigt, es sei denn, es handelt sich um einen Mangel, der zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht erkennbar war. Zeigt sich ein derartiger Mangel später, so muss die Anzeige unverzüglich nach der Entdeckung erfolgen, andernfalls gilt die Ware auch in Ansehung des Mangels als genehmigt, was den Verlust von Gewährleistungsrechten für entsprechende Mängel nach sich zieht.
- e) Hat MVO Produkte aufgrund bestimmter Vorgaben des Käufers entwickelt oder hergestellt, haftet MVO nicht für Mängel, die aufgrund solcher Vorgaben des Käufers entstanden sind.
- f) Sollte die gelieferte Ware mit einem Sachmangel behaftet sein, so wird MVO nach MVO's Wahl den Mangel beseitigen oder eine mangelfreie Ware liefern (Nacherfüllung). Schlägt die Nacherfüllung fehl oder ist sie für den Käufer unzumutbar, so kann der Käufer den Kaufpreis mindern oder vom Vertrag zurücktreten.

- g) Der Kunde hat MVO zur geschuldeten Nacherfüllung die erforderliche Zeit und Gelegenheit zu gewähren, insbesondere beanstandete Vertragsprodukte zu Prüfungszwecken zu übergeben. Im Falle von Ersatzlieferungen hat der Kunde die mangelhaften Produkte nach den gesetzlichen Vorschriften zurückzugeben.
- h) In dringenden Fällen ist der Käufer in Abstimmung mit MVO dazu berechtigt, den Mangel selbst oder durch Dritte in seinem Auftrag zu beseitigen und Ersatz der für die Mängelbeseitigung tatsächlich angefallenen und MVO nachgewiesenen Kosten zu verlangen. Dringende Fälle sind solche, bei denen zur Abwehr von akuten Gefahren und der Vermeidung von erheblichen (höheren) Schäden (z.B. Produktions- oder Lieferstopp in der weiteren Lieferkette) vernünftigerweise nicht erwartet werden kann, dass der Käufer MVO eine Möglichkeit zur Nachbesserung unter Berücksichtigung einer angemessenen Frist gewährt.
- i) Haben die Parteien eine Abnahme/Werkstoffprüfung vereinbart oder ist eine solche gesetzlich vorgeschrieben, so ist nach deren Durchführung die Rüge von Mängeln, die bei dieser Abnahme/Werkstoffprüfung erkennbar waren, ausgeschlossen.
- j) Die Gewährleistungsfrist beträgt 12 Monate ab Ablieferung oder, sofern eine Abnahme erforderlich ist, ab Abnahme.
- k) Bei Waren, die als deklassiertes Material verkauft worden sind, z.B. bei denen der Verwendungszweck herabgesetzt ist, die anderweitig fehlerhaft oder als Ausschussware behandelt werden oder z.B. sogenanntes II a Material – stehen dem Käufer bezüglich der angegebenen Fehler und solcher, mit denen er üblicherweise zu rechnen hat, keine Ansprüche wegen Mängeln zu.

11. Haftung

- a) Etwaige Schadens- oder Aufwendungsersatzansprüche des Käufers richten sich nach den gesetzlichen Regelungen und nach den folgenden Maßgaben: In Fällen der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie im Falle vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung vertraglicher Pflichten haftet MVO unbegrenzt. In Fällen der Verletzung „wesentlicher Vertragspflichten“ (dies sind solche, deren Verletzung den Vertragszweck gefährden würde und auf deren Erfüllung der Käufer daher berechtigterweise vertrauen darf) ist der Anspruch der Höhe nach begrenzt auf den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden. In allen übrigen Fällen haftet MVO nicht. Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz bleiben von dem Voranstehenden unberührt.
- b) Die sich aus Ziff. 11. a ergebenden Haftungsbeschränkungen gelten auch bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden MVO nach den gesetzlichen Vorschriften zu vertreten hat. Sie gelten aber nicht, soweit MVO einen Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit der Vertragsprodukte übernommen hat.
- c) Für vom Käufer oder dessen Kunden durchgeführte Rückruf- oder Serviceaktionen haftet MVO nur dann, wenn diese aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder behördlicher Anordnungen oder zur Vermeidung von Personenschäden erforderlich sind/waren und die Mangelhaftigkeit der von MVO gelieferte Waren hierfür ursächlich ist/war.
- d) Der Haftungsausschluss und/oder die Haftungsbeschränkung gelten auch, soweit der Käufer anstelle eines Anspruches auf Ersatz des Schadens statt der Leistung den Ersatz nutzloser Aufwendungen verlangt.

12. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte

- a) Sofern nicht anders schriftlich vereinbart, stehen sämtliche Urheberrechte und sonstigen gewerblichen Schutzrechte sowie Know-how hinsichtlich der Vertragsprodukte oder der zugehörigen Dokumente (z.B. Zeichnungen, Modelle und sonstige technische Unterlagen) ausschließlich MVO zu. Der Kunde darf die Vertragsprodukte sowie die zugehörigen Dokumente nicht vervielfältigen, kopieren oder reproduzieren und nur als Teil der Konstruktion verwenden, für die die Vertragsprodukte vorgesehen sind.
- b) Der Käufer als Empfänger von Informationen hat es zu unterlassen, Informationen außerhalb des vertraglich vereinbarten Zwecks nachzuahmen oder zu verwerten (insbes. im Bereich des sog. „Reverse Engineerings“), durch Dritte nachahmen oder verwerten zu lassen oder gewerbliche Schutzrechte auf die empfangenen Informationen anzumelden.
- c) Soweit MVO Vertragsprodukte aufgrund bestimmter Vorgaben des Käufers entwickelt und/oder hergestellt hat oder Zeichnungen hierfür erstellt hat und diese Vorgaben Gegenstand der Geltendmachung von (Schutzrechts-) Verletzungen von Dritten gegenüber MVO sind, ist der Käufer verpflichtet, MVO von solchen Ansprüchen auf erstes Anfordern freizustellen. Diese Freistellungspflicht des Käufers bezieht sich auf alle Kosten und Aufwendungen, die MVO aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten entstehen.

13. Höhere Gewalt

- a) Höhere Gewalt, insbesondere aber nicht ausschließlich Brände, Flut, Streik, Krieg, Blockaden, Ein- und Ausfuhrverbote, von MVO nicht zu vertretende Behinderung in der Eigenbelieferung mit Rohstoffen, Maschinen oder Material, Energiemangel, behördliche Maßnahmen oder unvorhergesehene und für die jeweilige Vertragspartei unabwendbare schwerwiegende Ereignisse, befreien die Vertragsparteien für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von der jeweiligen Leistungspflicht. Dies gilt auch, wenn die Ereignisse eintreten, während sich eine Partei im Verzug befindet.
- b) Die Parteien sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen mitzuteilen und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen. Sie werden einander unverzüglich unterrichten, wenn der Anlass der Leistungshinderung beendet ist. MVO steht eine angemessene Frist für die Wiederaufnahme der Produktion zu.
- c) Sollten diese Ereignisse für mehr als 30 Tage andauern, haben MVO und der Käufer das Recht, durch Erklärung des Rücktritts gegenüber der jeweils anderen Partei mit sofortiger Wirkung vom Vertrag zurückzutreten, ohne dass Ansprüche auf Ersatz etwaiger Schäden oder Verluste bestünden. Ansprüche auf Erstattung von Leistungen und Ersatz von vergeblichen Aufwendungen sowie für erbrachte Leistungen bleiben davon unberührt. § 206 BGB findet keine Anwendung.

14. Geheimhaltung

- a) Sofern die Parteien nicht eine gesonderte Geheimhaltungsvereinbarung (NDA) vereinbart haben, gelten die nachstehenden Regelungen der Ziffern 14. b) bis 14. g).
- b) Die Parteien verpflichten sich zur Geheimhaltung sämtlicher im Rahmen der Vertragsbeziehung erlangten (Er-)Kenntnisse, Informationen, insbesondere technischer Einzelheiten, sowie aller Unterlagen, mithin sämtlichen Know-hows und Geschäftsgeheimnissen. Die Verpflichtung besteht unabhängig davon, ob die Informationen mündlich oder schriftlich mitgeteilt wurden. Die anvertrauten Kenntnisse und Informationen dürfen ausschließlich im Rahmen der Zusammenarbeit der Parteien verwendet werden und nur solchen Mitarbeitern zugänglich gemacht werden, die notwendigerweise einbezogen und gleichermaßen zur Geheimhaltung verpflichtet worden sind. Ausnahmen hiervon bedürfen der vorherigen ausdrücklichen und schriftlichen Zustimmung.
- c) Die Geheimhaltungspflichten nach dieser Ziffer bestehen nicht, wenn und soweit die betreffenden Informationen nachweislich allgemein bekannt sind, oder ohne Verschulden der jeweils zur Geheimhaltung verpflichteten Partei allgemein bekannt werden oder rechtmäßig von einem Dritten erlangt wurden oder werden oder bei der empfangenden Partei bereits vorhanden sind, oder aufgrund zwingender Vorschriften preisgegeben werden müssen.
- d) Die in diese Ziffer enthaltenen Geheimhaltungspflichten gelten auch nach Ablauf bzw. Beendigung eines Vertrages oder einer Bestellung fort.
- e) Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses sind alle in dieser Vorschrift genannten Unterlagen auf Verlangen des Berechtigten zurückzugeben oder zu vernichten. Unterlieferanten sind entsprechend zu verpflichten.
- f) Im Übrigen verpflichten sich die Parteien, ein umfangreiches Geheimnisschutzsystem aufrechtzuerhalten. Dies umfasst insbesondere aber nicht abschließend, eine angemessene vertragliche Gestaltung gegenüber Mitarbeitern und externen Geschäftspartnern, ein umfassendes System zur Klassifikation und Aufbewahrung geheimer Informationen, die Einrichtung interner Anlaufstellen im Zusammenhang mit Whistleblowing und insgesamt die Erfüllung der Anforderungen des Geschäftsgeheimnisgesetzes.
- g) Die Parteien dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung mit ihrer Geschäftsverbindung werben.

15. Ausfuhrnachweis, Gelangensbestätigung, Umsatzsteueridentifikationsnummer

- a) Holt ein gewerblicher Käufer oder dessen Beauftragter die Ware ab und befördert, verbringt oder versendet sie in das Ausland, so hat der Käufer MVO innerhalb von 10 Tagen nach Lieferung den steuerlich erforderlichen Ausfuhrnachweis bzw. die Gelangensbestätigung vorzulegen. Unterbleibt die Vorlage, hat der Käufer den für Lieferungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geltenden Umsatzsteuersatz vom Rechnungsbetrag zu zahlen.
- b) MVO behält sich vor, zunächst die Umsatzsteuer zu berechnen und zu vereinnahmen und nach Vorlage der benötigten Nachweise der Ausfuhr gutzuschreiben und zu erstatten.

- c) Ein gewerblicher Käufer, der in einem anderen Mitgliedsstaat der EU ansässig ist, ist verpflichtet, MVO vor Lieferung die ihm zugeteilte Umsatzsteueridentifikationsnummer bekannt zu geben. Solange die Bekanntgabe nicht erfolgt ist, ist MVO nicht verpflichtet, die Lieferung vorzunehmen.

16. Aufrechnung, Konzernverrechnungsklausel

- a) MVO ist berechtigt, mit sämtlichen Forderungen, die MVO gegenüber dem Käufer zustehen, aufzurechnen gegen sämtliche Forderungen, die dem Käufer, gleich aus welchem Rechtsgrund, gegen Unternehmen zustehen, an denen die Georgsmarienhütte Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist.
- b) Der aktuelle Kreis der Unternehmen im Sinne des vorstehenden Absatzes, an denen die Georgsmarienhütte Holding GmbH unmittelbar oder mittelbar mit Mehrheit beteiligt ist, ist im Internet unter der Adresse www.GMH-gruppe.de einsehbar. Auf Wunsch erhält der Käufer über den Kreis der Unternehmen im Sinne des vorstehenden Absatzes jederzeit Auskunft.

17. Verbindliche Prinzipien

Unabhängig von Ländern und Grenzen werden folgende Prinzipien zugrunde gelegt:

- a) Menschenrechte: Der Kunde wird den Schutz der internationalen Menschenrechte innerhalb seines Einflussbereichs unterstützen, achten und sicherstellen, so dass er sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig macht.
- b) Arbeitsnormen: Der Kunde wird im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Beseitigung aller Formen der Zwangsarbeit, die Abschaffung der Kinderarbeit und die Diskriminierungsfreiheit bei Anstellung und Beschäftigung eintreten.
- c) Korruptionsbekämpfung: Der Kunde verpflichtet sich, alle anwendbaren Anti-Korruptions-Gesetze und -Vorschriften einzuhalten und keine verbotenen Handlungen zu begehen, weder direkt noch indirekt. Verbotene Handlungen beinhalten insbesondere das Versprechen, Anbieten und/oder Gewähren oder das Fordern oder Annehmen eines unzulässigen Vorteils oder Nutzens, um Handlungen in unzulässiger Weise zu beeinflussen.
- d) Umweltschutz: Der Kunde wird im Umgang mit Umweltproblemen einen vorsorgenden Ansatz unterstützen und Initiativen ergreifen, um ein größeres Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt zu erzeugen, und die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien fördern.
- e) Energetische Effizienz: Der Kunde hat energetische Bewertungen bei der Beschaffung und Änderung von energieverbrauchenden Anlagen und Bauteilen stets zu berücksichtigen.
- f) Verhaltenskodex: Der Kunde erkennt die in der jeweils aktuellen Version des Verhaltenskodex der GMH Gruppe (*Code of Conduct*) niedergelegten Verhaltensgrundsätze für sich verbindlich an. Die aktuelle Fassung des Verhaltenskodex der GMH Gruppe ist im Internet unter gmh.to/CoCDE veröffentlicht.
- g) Prüfungsrecht, Kündigung: Wir sind berechtigt, bei Anhaltspunkten für eine nicht unerhebliche Verletzung der in dieser Ziffer 17 niedergelegten Verpflichtungen, insbesondere Verstöße gegen Anti-Korruptions-Gesetze oder -Vorschriften oder den Verhaltenskodex der GMH Gruppe, durch den Kunden, seine Organe, Mitarbeiter oder sonstige im Rahmen des Vertragsverhältnisses eingesetzten Personen von dem Kunden schriftlich Auskunft über die Einhaltung der genannten Vorschriften und etwaige Verstöße zu verlangen und bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen den Vertrag außerordentlich fristlos zu kündigen, sofern dem Verstoß vom Kunden nicht binnen einer angemessenen Frist abgeholfen wird. Das Auskunftsbegehren hat jeweils schriftlich und unter Wahrung der schutzwürdigen Interessen des Kunden, insbesondere seiner Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, sowie unter Beachtung der Rechte der Mitarbeiter, insbesondere des Datenschutzes, zu erfolgen.

18. Sonstiges

- a) Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen und anderer getroffenen Vereinbarungen zwischen den Parteien unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit dieser Bedingungen/des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr rechtlich und im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelung einvernehmlich zu ersetzen.
- b) Änderungen und Ergänzungen dieser Bedingungen sowie Einzelverträgen sind nur schriftlich wirksam. Das gilt gleichermaßen für dieses Schriftformerfordernis.
- c) Das Vertragsverhältnis unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) findet keine Anwendung.

Allgemeine Verkaufsbedingungen

Anlage VA-01-03-01
Rev. 1 (28.02.2020)



- d) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus diesen Bedingungen ergebenden oder in Zusammenhang damit stehenden Streitigkeiten ist der Geschäftssitz der MVO. Ungeachtet dieser Gerichtsstandsvereinbarung kann MVO den Käufer auch an dessen Geschäftssitz verklagen.
- e) Hat der Kunde seinen Sitz außerhalb der Europäischen Union (EU) oder Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) hat, werden alle Streitigkeiten, die mittelbar oder unmittelbar aus den vorliegenden AVB oder allen auf Grundlage dieser AVB begründeten Einzelverträge resultieren, nach der Schiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges entschieden. Das Schiedsgericht hat aus drei Schiedsrichtern zu bestehen, von denen mindestens einer Volljurist sein soll oder eine vergleichbare Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben muss.